

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig	11 fl. — kr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion

Bahnhofgasse Nr. 172

Expedition und Inseraten-

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Einkaufs-
von A. v. Reichenbach & Co. Hamburg).

Inserationspreise:

Für die einspaltige Verticale 3 kr.
bei zweimaliger Einschaltung 5 kr.
dreimal 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer
Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 72.

Mittwoch, 29. März 1871. — Morgen: Quirinus.

4. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. April 1871 beginnt ein neues Abonnement auf das „Laibacher Tagblatt.“

Bis Ende April 1871:

Für Laibach	70 kr.
Mit der Post	95 kr.

Bis Ende Juni 1871:

Für Laibach	2 fl. 10 kr.
Mit der Post	2 fl. 75 kr.

Für Zustellung ins Haus monatlich 9 kr.

Auf das „Laib. Tagblatt“ kann täglich abonniert werden, doch muß das Abonnement immer mit Schluß eines Monats ablaufen.

Reich und Land.

Gisfra sagte einmal im Abgeordnetenhaus: Die Nationalen wollen dem Reich einen Theil seiner Macht und Bedeutung nach dem andern stückweise nehmen, auf daß das Reich als dürftiger Bettler zu den Landtagen kommen müßte, um von diesen zurück zu erbitten, was für das Reich unentbehrlich und nothwendig ist.

Das ist wohl das treueste Bild unserer heutigen Situation.

Das Reich Oesterreich wird wohl bald als dürftiger Bettler um das Almosen seiner Lebensbedingungen zu den Ländern gehen müssen, wenn wir das österreichische Bewußtsein nicht in der Festigung und Entwicklung der persönlichen Freiheit und Bildung, sondern in der zartesten Rücksichtnahme auf die das Reichsrecht leugnenden Fraktionen und in der Förderung der Stammes- und Glaubensirren über die persönliche Freiheit suchen.

Doch wer sucht es dort außer den faktischen und nach außen gravitirenden Elementen?

Für die europäische Staatenbildung und die staatlichen Aufgaben der Gegenwart hat aber das Reich Oesterreich, nicht aber die einzelnen Länder desselben eine Bedeutung; kann ersteres seinen Aufgaben nicht entsprechen, so geht seine Existenzberechtigung verloren.

Oesterreich, durch sein Mosaik von Völkern und seine Lage von vornherein auf eine Vermittlung der geistigen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gesellschaft unter den vielsprachigen und an Bildung so verschiedenen Stämmen angewiesen, kann seiner ganzen Natur nach kein Eroberungsstaat im Wege der ständigen Gewalt sein. Daß man eine Reihe von Jahren hindurch Oesterreich in das Heer verlegt wählte, war ein Grundirrtum, dessen Folgen wir bitter büßen. Das Heer kann und soll eines der Realisierungsmittel der österreichischen Aufgaben sein, aber es ist nicht Oesterreich, denn Oesterreich als Militärstaat ist für die Dauer unmöglich; eben so unmöglich, als es ein spezifisch klerikaler Staat werden kann, der als bloßes Mittel für die Kirchenherrschaft dienen sollte.

Oesterreichs Aufgabe ist die Vermittlung der Kultur, der geistigen Entwicklung des Westens Europa's

nach dem bildungsarmen Osten; also die Humanisirung des Ostens, denn mit der Bildung geht parallel die höhere sittliche Entwicklung des Menschen. Oesterreichs Aufgabe ist also vorwiegend eine zivilisirende, und im Interesse der Zivilisation eine die germanische Kultur — entschieden die höchste der Jetztzeit — in den slavischen und magyarischen Völkern vermittelnde. Man versiehe wohl, die Kultur soll vermittelt, keineswegs der Stamm in seiner Sonderexistenz aufgezehrt werden.

Aus dieser dermalen latenten Aufgabe ist Oesterreich zusammengewachsen, und wäre sie seit dem Ausbruch der Emanzipations-Kämpfe des Menschen geistes von seinen Regierungen gehörig begriffen worden, so stünde Oesterreich jetzt in geistiger Richtung und als Staat hoch über allen den Völkern der Zeit und geistig geehrt da.

Es ist hier nicht der Ort, nachzuweisen, wie oft die instinktiv geahnte richtige Bahn plötzlich wieder verlassen wurde und im Detail nachzuweisen, welche traurigen Folgen solche Schritte jederzeit und für die Dauer hatten.

Wir wollen heute nur betrachten, ob wir das Landesrecht noch weiter ausdehnen und das Reichsrecht noch weiter einschrumpfen lassen können, und was der Entwicklung des Einzelbürgers und dem Gesamtstaate förderlicher ist.

Von der kulturhistorischen Bedeutung Oesterreichs, in der seine Existenzberechtigung allein liegt, ausgehend, müssen wir vor allem betonen, daß die Verbreitung des Wissens, die thätigste Hebung wirtschaftlicher Hemmnisse, die vollste Beseitigung gesellschaftlicher Klassenunterschiede, die möglichste Sorge für die Sicherung des ständigen Wohls Grundbedingungen der staatlichen Aktion sind. Die möglichst freie Entfaltung des Einzelbürgers muß der Staat anstreben, wenn er vor allem zivilisierend wirken will. Die oben geschilderten Aufgaben hat freilich jeder Staat, aber er hat noch andere Existenzberechtigungen, wie z. B. die Konzentration einer Nation u. s. w., die uns abgehen.

Die Kulturunterschiede in den einzelnen Ländern Oesterreichs sind sehr bedeutend. Kein Mensch kann leugnen, daß es mehrere Länder in Oesterreich gibt, wo die primitivsten Forderungen der heutigen menschlichen Kultur den hartnäckigsten Widerstand entweder in einer Kirchengewalt oder in Stammes-tendenzen finden.

Diese Opposition in ihrem Einflusse auf die individuelle Freiheit unschädlich zu machen, ist Aufgabe des Staates in Oesterreich, denn kein wahrheitsliebender und kein einsichtsvoller Mensch wird glauben, daß die Freiheit des Einzelnen und die allgemeine Kultur gefördert wird, wenn man dem Einzelnen eine geistige Zwangsjacke anlegt, wenn sie auch Autonomie oder souveränes Landesrecht heißt.

Das ist keine wahre Autonomie, wo nur wenige autonom und die Mehrzahl unterthan sind, wie es in allen jenen Ländern der Fall ist, wo über eine fanatische oder ungebildete Menge der Klerus oder einige wenigen Führer herrschen; die historische Erfahrung überhaupt und die Erfahrung des letzten Jahrzehntes in Oesterreich zeigen uns deutlich, daß

das arme Volk und die Einzelnen unter ihnen, die nicht gerade oben stehen, rechtsärmer sind, als selbst bei einem bescheidenen Ausmaße der staatlichen Freiheit und der Autonomie des untersten Gemeinwesens. Brauchen wir zu erinnern, wie z. B. bei uns die Gemeinde-Autonomie von der im Landtage herrschenden Partei respektiert wird?

Wir brauchen somit gerade in Oesterreich eine kräftige Reichsvertretung, die die menschlichen Grundrechte gegen Willkür und Tyrannei allüberall in den Gauen des Reiches schützt und zugleich hindert, daß in manchen Gegenden die Sonne verhängt werde, damit ja kein Licht leuchte, außer den bescheidenen qualmenden Talgläsern, die die dort Herrschenden ihrem Volke anzuzünden geruhen.

Wird das Reichsrecht und der Reichseinfluß zu Gunsten der Länder gemindert, so würden die Bildungsunterschiede immer weiter auseinandergehen, statt sich zu verringern, das sehen wir zum Theile schon jetzt in Folge der bestehenden Verhältnisse. — Je größer die Bildungsunterschiede, desto größer die wirtschaftlichen Nachteile! Die Förderung der wirtschaftlichen Interessen ist aber, wie Schaffke ganz richtig lehrt, eine der brennendsten, echt österreichischen Aufgaben, doch wird man sie durch Föderalismus in Oesterreich nicht fördern!

Und so sehr wir der Selbstthätigkeit der Gemeinwesen zugethan sind, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß selbst eine administrative Ausdehnung der Autonomie dermal von Uebel wäre; schon jetzt hört man viel weniger, oder kaum von Oesterreich in so manchen Ländern reden, während das Land fort und fort als Vaterland bezeichnet wird — das österreichische Bewußtsein ist entschieden zurückgegangen, aber nicht in den deutschen Ländern, sondern wesentlich in den slavischen, und warum? weil der Staat sich des größten Theiles seines unmittelbaren Einflusses auf die Bevölkerung begeben und das Terrain den seditösen Elementen überlassen hat.

Daran ist nicht unsere Verfassung schuld; daran ist schuld, daß man dieser Verfassung, die Oesterreich zusammenhält, bei der Bevölkerung viel weniger Autorität und Ansehen zu erwerben versuchte, als man es ihren Gegnern gestattete und duldete, ihre historischen Grabes- und Zukunftsträume dem Volke einzupflanzen.

Daher rührt es, daß das Reichsrecht heute in so manchem Lande kaum mehr als Recht betrachtet wird; daher rührt es, daß die Unfreiheit des Einzelbürgers in so manchem Lande trotz den verfassungsmäßigen Grundrechten eine größere ist, als vor denselben.

Daher rührt es, daß so viele Bildungskeime vernichtet wurden und in ein oder zwei Jahrzehnten so manches Land in Wissen und wirtschaftlicher Wohlfahrt ein Rückbleiben zeigen wird, was zum allergrößten Nachtheile der Betroffenen und zum Nachtheile des Ganzen sein wird.

Will denn Oesterreich seiner Existenzberechtigung entsagen? Das wäre Selbstmord.

Der Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Reichsrathswahlen des krainer Landtages

spricht sich folgendermaßen aus: Wird die Frage der Gültigkeit dieser Wahlen in Betracht gezogen, so erscheinen dieselben, abgesehen von dem Inhalte der Adresse und des dritten Punktes des Ausschußantrages, äußerlich und formell der Landtagwahlordnung und deren Anhang, sowie dem Grundgesetze über die Reichsvertretung vollkommen entsprechend. Ungeachtet und dem § 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung widersprechend erscheint nur der Beschluß des Landtages, daß die gewählten Reichsrathsabgeordneten sich an dem Inhalte der ebenfalls vom Landtage angenommenen Adresse zu halten haben, und sind die Abgeordneten einfach an eine solche Instruktion nicht gebunden. Nach Ansicht des Ausschusses sind somit aus diesen Erwägungen die Wahlen der Abgeordneten: Graf Margheri, Horak, Murnik, Svetec, Graf Barbo und Dr. Costa als gültig aufrecht zu erhalten, gleichzeitig aber soll ausgesprochen werden, daß die versuchte gesetzwidrige Mandatsbeschränkung für die Gewählten rechtsunwirksam sei. Der Wahlprüfungsausschuß stellt demnach folgende Anträge: Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen: In Erwägung, daß nach § 16 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 141 Reichsgesetzblatt, die Reichsrathsabgeordneten von ihren Wählern keine Instruktion anzunehmen haben, daher der Beschluß des krainer Landtages vom 30. August 1870, daß die Reichsrathsabgeordneten von Krain durch und an den Inhalt der am gleichen Tage von dem Landtage angenommenen Adresse gebunden sein sollen, als auf eine Beschränkung des Mandates der Reichsrathsabgeordneten abzielend, für die letzteren keine gesetzlich bindende Kraft hat, und folglich auf die Gültigkeit der Wahl keinen Einfluß ausüben kann — werde die Wahl der Abgeordneten: Graf Margheri, Horak, Murnik, Svetec, Graf Barbo und Dr. Costa als gültig erkannt.

Politische Rundschau.

Laibach, 29. März.

Die Erledigung auf das bekannte Schreiben des Bürgermeisters Dr. Tschurtschenthaler von Innsbruck, an Se. Majestät gerichtet, ist erfolgt. Graf Hohenwart, wird der „Pr.“ aus Innsbruck gemeldet, theilte mit, er habe beide Erklärungen, die denunziatorische des klerikalen Vereins und die des Bürgermeisters, dem Kaiser vorgelegt und Se. Majestät habe die Erklärung Dr. Tschurtschenthaler's allergnädigst zur Kenntniß genommen mit dem Bemerkten, das Verbot der Siegesfeier involvire nicht den Vorwurf der Unloyalität gegen die Stadt Innsbruck wegen der Theilnahme an dem Feste.

Die Osterferien des Reichsrathes sollen am 30. d. M. beginnen und bis 16. April dauern. — Beiläufig zwanzig jüngere, der äußersten Linken angehörige Mitglieder des Abgeordnetenhauses sammeln Unterschriften auf einen, die Einführung direkter Reichsrathswahlen betreffenden Antrag. Daß ihr Bemühen erfolgreich sein wird, ist zweifelhaft, da die Fraktion Herbst jeder entschiedenen Aktion, zu welcher die energischeren jüngeren Mitglieder drängen, widerstrebt. Die Parteispaltung dürfte sich dadurch vergrößern, denn die jüngeren sind entschlossen, falls ihr Antrag an den Intriguen des Abgeordneten Herbst und der Zaghaftigkeit seines Anhanges scheitert, es auf einen Bruch ankommen zu lassen.

Der schlesische Landes Schulrath erklärte sich mit allen gegen eine Stimme entschieden gegen eine vom Unterrichtsministerium veranlaßte Untersuchung über die erst eingeführten Schulgesetze.

Die Ruthenen, welche jüngst in Wien dem Grafen Hohenwart ein Memorandum überreichten, von letzterem aber nur eine ausweichende Antwort erhielten, wollen nun ihr Memorandum durch ihren Gesinnungsgenossen, den Abgeordneten Janowski,

im Reichsrathe einbringen lassen. — Bekanntlich streben die Ruthenen ein Nationalitätengesetz an, welches sie mit den Polen vollkommen gleichstellt.

Das Blatt *Biernickowski's*, der „Dz. Polski“, konstatirt einen offenen Zwiespalt in der polnischen Delegation. Es ist nämlich die feudale Partei von den Zugeständnissen Hohenwart's weniger als von jenen, welche Reichbauer angeboten hatte, befriedigt, wodurch ein Ausgleich mit den Deutschen betreffs einer Verfassungsrevision unmöglich wird.

Im deutschen Reichstage gelangte am Montag der Gesetzentwurf über die Reichsverfassung zur ersten Lesung. Minister Delbrück bemerkte, die Vorlage, deren Inhalt im norddeutschen Reichstage und in den süddeutschen Landtagen bereits eingehend erörtert wurde, sei nur eine zusammenfassende Redaktion der gefaßten Beschlüsse; noch nicht zur Berathung gekommen sei nur die Bestimmung, daß der Bundesrathsausschuß für auswärtige Angelegenheiten durch zwei Mitglieder verstärkt werde. Nach einer Bemerkung Schulze's (Berlin), welcher sich im Laufe der Verhandlungen weitere Verbesserungsanträge vorbehält, wurde die erste Lesung geschlossen.

Der Gesetzentwurf über die zukünftige Stellung von Elsaß und Lothringen bestimmt, daß diese als unmittelbares Reichsland unter der Regierung des Kaisers stehen. Vom 1. Jänner 1873 ab soll die deutsche Reichsverfassung auch für Elsaß und Lothringen in Geltung treten. Bis dahin soll die Verwaltung dieser Provinz von dem Kaiser unter der Mitwirkung des Bundesrathes geführt werden. Von einer Zuweisung von elfässischen Gebietstheilen an Baiern ist im Gesetzentwurfe nichts enthalten.

Die Parteibildung im deutschen Reichstage macht Fortschritte. Es ist eine Mittelpartei im Entstehen, welche hauptsächlich die Süddeutschen an sich ziehen dürfte; auch eine freikonservative Fraktion hat sich konstituiert. Sie zählt bis jetzt 31 Mitglieder. Der Reichstag wird die Thronrede mit einer Adresse beantworten, mit deren Abfassung ein Auschuß betraut ist. Der beabsichtigte Annahme des Entwurfes in Vausch und Bogen dürfte die Fortschrittspartei hindernd entgegenreten. Diese hat nämlich die Absicht, anknüpfend an den Passus der Thronrede, welcher von der Unabhängigkeit der anderen Staaten und Völker spricht, zu beantragen, daß die Adresse es aussprechen soll, daß sich Deutschland namentlich auch nicht in die italienischen Angelegenheiten mischen möge und weder eine moralische, noch eine andere Unterstützung des Papstes als seine Aufgabe erachte. Wird dieser Antrag eingebracht, so wird er unbedingt eine scharfe Diskussion hervorrufen, da die Ultramontanen sich einem solchen Passus in der Adresse entschieden widersetzen werden.

Die „Kreuzzeitung“ macht mehrfachen irrthümlichen Angaben gegenüber darauf aufmerksam, daß die neueren Anordnungen bezüglich der deutschen militärischen Stellung in Frankreich nur in Uebereinstimmung mit den Friedenspräliminarien getroffen sind. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Während der Abwesenheit des Prinzen Friedrich Karl führt Voigt-Rheek das Oberkommando in Frankreich. General Fransecki wurde zum Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg ernannt.

Bei seinem Scheiden vom französischen Boden hat Kaiser Wilhelm folgenden Armeebefehl erlassen:

Soldaten der deutschen Armee!

Ich verlasse an dem heutigen Tage den Boden Frankreichs, auf welchem dem deutschen Namen so viel neue kriegerische Ehre erwachsen, auf dem aber auch so viel theueres Blut geflossen ist. Ein ehrenvoller Friede ist jetzt gesichert und der Rückmarsch der Truppen in die Heimat hat zum Theil begonnen. Ich sage euch Lebewohl und ich danke euch nochmals mit warmem und gehobenem Herzen für alles, was ihr in diesem Kriege durch Tapferkeit und Ausdauer geleistet habt. Ihr kehrt mit dem stolzen Bewußtsein in die Heimat zurück, daß ihr einen der größten Kriege siegreich geschlagen habt, den die Weltgeschichte je gesehen — daß

das theure Vaterland vor jedem Betreten durch den Feind geschützt worden ist und daß dem deutschen Reiche jetzt Länder wiedererobert worden sind, die es vor langer Zeit verloren hat. Möge die Armee des nunmehr geeinten Deutschlands dessen stets eingedenk sein, daß sie sich nur bei stetem Streben nach Vervollkommen auf ihrer hohen Stufe erhalten kann, dann können wir der Zukunft getrost entgegensehen.

Die kleine Bergveste B i t t i c h wurde am 23. übergeben und von den deutschen Truppen besetzt.

Die Pariser Nachrichten lauten immer verworrener und unbestimmter. So viel läßt sich jedoch aus denselben klar entnehmen, daß die legale Regierung durchaus nicht an Terrain gewinnt. Die Municipalwahlen haben Sonntag wirklich stattgefunden; in welcher Weise dieselben ausgefallen, ersehen wir aus dem Umstande, daß General Saissset, sowie die Maires, mit deren Einvernehmen sie vor sich gegangen, sich veranlaßt fühlten, abzudanken. Einer telegrafischen Nachricht zufolge ist der Triumph der revolutionären Partei ein vollständiger, die Majorität ist ihr gesichert. Was nun? Erst wenn wir die Namen der Männer kennen lernen werden, die aus der Urne hervorgegangen, wird es uns annähernd möglich sein, über das, was wir von den Pariser zu gewärtigen haben, eine Konjunktur aufzustellen. Die Männer der neuen Wahl dürften das Heft in die Hände nehmen, da die bisherigen „Delegirten der Regierung“ wiederholt erklären, daß sie mit der Wahl ihre Mission als beendet erachten.

Die Regierung zu Versailles schaut dem Tobwobohu unterdeß mit verschränkten Armen zu und rafft sich höchstes zu einigen Proklamationen auf.

Die „Times“ will wissen, General Vinoy bestehe darauf, nach Paris zu marschiren, andererseits heißt es wieder, die Nationalgarde von Paris wolle das Prävenire spielen und dem Chef der Exekutivgewalt sammt Genossen einen unliebsamen Besuch in Versailles abstatten.

Nach der „A. Allg. Z.“ lautet das Programm der „Föderativ-Republik“ wie folgt:

1. Paris erklärt sich als freie Republik, so lange die Provinzen sich nicht gutwillig mit ihm vereinen.
2. Sofortige Bildung der Kommune.
3. Zuziehung der Abgeordneten von Paris und des Zentral-Komitee's der Nationalgarde zu derselben.
4. Jedes Arrondissement wählt eine besondere Spezialkommune für sich, welche fünf Mitglieder in die allgemeine Kommune sendet.
5. Aufhebung der Polizei-Präfektur und Uebertragung ihrer Funktionen an die Kommune.
6. Die Nationalgarde wählt ihren Chef-Kommandanten und Generalstab.
7. Anerkennung des Friedens und Uebereinkommen mit der Regierung des übrigen Frankreich, um die Friedensbestimmungen durchzuführen.
8. Sofortige Entsendung von fünf Mitgliedern der Kommune nach Versailles, welche die Anerkennung von Paris „als freie Republik“ von der Assemblée erwirken sollen.

Eine amtliche Depesche aus Versailles vom 26. macht über die Lage des Landes folgende kurze Mittheilung: Nichts neues in der Situation. Von ist, Dank der Energie des Generals und des Präfecten, sowie auch der Mitwirkung der Nationalgarde, gänzlich zur Ordnung zurückgekehrt. In Marseille haben Fremde, welche die Anarchisten unterstützen, eine vorübergehende Aufregung verursacht, welche die dahin entsendeten Streitkräfte bald unterdrückt haben werden. In Toulouse versuchte man es, das traurige Beispiel nachzuahmen, doch ohne wirklichen Nachdruck. Mit Ausnahme dieser unbedeutenden Versuche scharrt sich Frankreich entschlossen und mit gerechtem Unwillen erfüllt, um seine Regierung, um die Anarchie zu unterdrücken, die immer noch strebt, Paris zu beherrschen. Ein Uebereinkommen, dem die Regierung fremd geblieben ist, wurde zwischen der sogenannten Kommune und den Maires über die Wahlen vereinbart, die heute wahrscheinlich ohne Freiheit, somit ohne moralische Autorität vorgenommen werden. Möge sich das Land darüber durchaus nicht beunruhigen.

Eine Brüsseler Depesche vom 27. gibt

folgendes Bild der Zustände in Frankreich: Die Organisation von Freiwilligenkorps macht Fortschritte. Der Herzog von Nemours ist in Versailles angekommen. Ein Theil der Abgeordneten beabsichtigt, denselben zum Chef der vollziehenden Gewalt statt Thiers vorzuschlagen. Es heißt, daß Napoleon in Dienste viele Parteigänger sammle, zum Zwecke seiner Rückkehr nach Frankreich. Die Hauptrollen sollen Murat, Conti und Mac Mahon zugetheilt sein. Admiral Saissset löste seinen Generalstab auf und kehrte nach Versailles zurück mit der Erklärung, er brauche 300.000 M., um die Insurrektion zu bändigen. Die Abgeordneten wollen die Nationalversammlung nach Tours verlegen. Es wurde Befehl gegeben, Garibaldi zu verhaften, wenn er Frankreich betritt. Thiers theilte den Abgeordneten mit, er erwarte 100.000 M., worauf Paris sogleich angegriffen würde.

Aus Paris wird berichtet, Menotti Garibaldi sei nicht in Paris, sondern ein ihm sehr ähnlich sehendes Individuum reite, von Adjutanten begleitet, durch die Straßen. Am Stadthause verordnet eine Affiche des Zentralkomitees mit der Ueberschrift: „Tod den Dieben,“ daß jeder beim Diebstahl in flagranti Ertrappte sofort erschossen werde. Rothschild zahlte 500.000 Franken, doch sind ihm neuerdings zwei Millionen Kontribution auferlegt. Die deutschen Truppen zernirten Romainville mit Geschützen schweren Kalibers.

Nicht geringe Verlegenheit bereitet der französischen Regierung auch der Aufstand in Algier, welcher eine immer größere Ausdehnung gewinnt. Nach den neuesten, dem „National“ zugegangenen Nachrichten erstreckt er sich bereits von der marokkanischen bis zur tunesischen Grenze, also fast durch das ganze Land. Die Behörden verlangen von der Nationalregierung, welche selbst nicht genug Truppen hat, um Paris im Zaume zu halten, nicht weniger als 80.000 Mann.

Oesterreich dürfte sich gezwungen sehen, in Rumänien zu interveniren. Nachdem im Senat der Antrag auf Absetzung des Fürsten Karol gestellt worden, dürfte dieser, da er ohnehin sehr regierungsmüde ist und von Preußen nicht mehr unterstützt zu werden scheint, das Land verlassen, und die Garantiemächte werden kaum zusehen können, daß die Anarchie weiter um sich greife. — Viele Deutsche verlassen Bukarest. Es hat sehr guten Eindruck bei den Zurückbleibenden gemacht, daß sich der österreichische Generalkonsul Baron Pottenburg den Schritten seines deutschen Kollegen, Generalkonsul Radowiz, angeschlossen.

Zur Tagesgeschichte.

— Ihre Majestät die Kaiserin ist wieder in Meran eingetroffen.

Se. Majestät der Kaiser fuhr am 24. d. Abends nach Schönbrunn, als plötzlich eine Arbeiterin quer über die Straße lief und von den Pferden der kaiserlichen Equipage niedergeworfen wurde. Der Kaiser entschuldigte sich damit, daß die Frau leider gerade unter die Pferde gelaufen sei. Schnell sprang Se. Majestät vom Wagen, hob mit Hilfe des Adjutanten die Unvorsichtige auf und führte sie selbst zu dem im nächstgelegenen Hause wohnenden Bezirksarzt Herrn Sehnal, welcher indeß konstatierte, daß die Verletzung unbedeutend und die Frau bloß vom Schrecken angegriffen sei.

— Vor kurzem wurde bei Inzersdorf am Wiener Berge in einer Tiefe von 9 Klaftern ein wohlhabender fossiler Fisch von dritthalb Fuß Länge aufgefunden. Herr Heinrich Draßke Ritter v. Martinberg hat, wie „Pr.“ meldet, dieses ungemein interessante Stüch dem k. k. Hofmineralienkabinet als Geschenk übergeben.

— Das Presbyterium der evangelischen Gemeinde zu Graz hat beschlossen, an den Oberkirchenrath in Wien das Gesuch um die durch zwei Jahre verschleppte Bestätigung der Wahl des Herrn Pfarrers Schulz zu richten, da er allen Erfordernissen entspreche. In der Eingabe soll die Ueberzeugung ausgedrückt werden, daß die Gemeinde denselben

religiösen Standpunkt einnehme, welchen Herr Schulz vertritt, daher die gegentheiligen Behauptungen der Superintendentur haltlos seien. In der protestantischen Kirche gilt die freie Forschung in Glaubenssachen nicht bloß als unbefristetes Recht, sondern bildet geradezu die Grundlage und das Wesen des Protestantismus, wie auch der Protestantentag zu Heidelberg dies anerkannt hat. Hier kann es kein unfehlbares Dogma geben, denn wer solches zugibt, nimmt dem Protestantismus alle und jede Berechtigung. Man ist deshalb sehr gespannt darauf, welche Erfolge dieser Schritt des Presbyteriums haben werde, da es bekanntlich auch in der protestantischen Kirche Minder und ehrliche Fortschrittsfreunde gibt.

— Der deutsche politische Verein zu Prag hat in Angelegenheit der dortigen Universität folgenden Beschluß gefaßt: „Die Errichtung czechischer Lehranstalten an der hiesigen Universität für sämtliche Vortragsgegenstände ist geeignet, die begründeten Rechte der Deutschen zu beeinträchtigen; der Verein fordert daher die deutschen Reichsrathsabgeordneten auf den deutschen Charakter der Universität und die bedrohten Interessen der Deutschen, eventuell durch Einbringung eines Antrages zur Errichtung einer czechischen Universität zu wahren.“

— Die böhmische patriotisch-ökonomische Gesellschaft beschloß, die Beihilfung an der Wiener internationalen Ausstellung seitens der czechischen Land- und Forstwirthe an die Erfüllung von Bedingungen zu knüpfen, und zwar soll eine vollständig gesonderte Ausstellung und ein selbstständiges Filial-Komitee und Wahl böhmischer Landwirthe in das Preisrichter-Kollegium verlangt werden. — Wird dem Handelsminister Schaeffle zur gefälligen Beachtung und den gleichberechtigten Nationen in Laibach, Zara, Czernowitz u. s. w. zur Nachahmung höchstens empfohlen.

— Sonntag wurde in Triest eine kleine Fabrik falscher Fünfgulden-Noten entdeckt und die Fälscher sammt dem Ausgeber verhaftet.

— In Erfurt haben die französischen Gefangenen revolirt, so daß unter dieselben gefeuert werden mußte.

— Das Befinden der an einem Lungenkatarrh erkrankten Königin von Schweden hat sich stark verschlimmert.

— Auch in Brüssel hielten die Deutschen eine Friedensfeier ab, bei welcher uns hier eine Episode interessirt. Unter anderem brachte der preussische Gesandte, Herr v. Balan, den folgenden Toast aus: „Meine Herren! Nachdem die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde am 18. Jänner in Versailles proklamirt worden, war eines der ersten Geschäfte des Grafen Bismarck, eine Depesche mit seinem freundschaftlichen Gruß nach Wien zu senden. Der Gruß fand dort Anklang und Erwiderung im Volke und auf dem Throne, und Graf Veust konnte in der Antwortdepesche sagen, daß der Kaiser Franz Josef hohen und freien Sinnes die Neugestaltung Deutschlands begrüße. Der Austausch solcher Gesinnungen, meine Herren, enthält die Elemente einer großen, glücklichen und beider Länder würdigen Zukunft. Ich bitte Sie, das Glas mit mir zu leeren auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef und auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie.“ Rauschend intonirt die Musik die österreichische Volksstimme, und rauschend ertönen die kräftigen Hochs auf Kaiser Franz Josef. Herr Baron v. Bruns (ein Bruder des früheren österreichischen Gesandten in Brüssel) dankt dem Vorredner, seinem langjährigen Freunde, für das Gesagte und bringt seinerseits mit denselben Gesinnungen ein Hoch auf Kaiser Wilhelm.

— Aus der Feder Louis Napoleons ist soeben eine Broschüre über die Militärorganisation des norddeutschen Bundes erschienen, welche in mehr als einer Beziehung interessant ist. Die 85 Seiten starke Abhandlung ist in acht Kapitel getheilt und bringt in diesen eine genaue Schilderung der norddeutschen Heeresorganisation und eine Würdigung ihrer Zweckmäßigkeit. Napoleon hat in dem Kriegsspiel, das er begann und verlor, manches gelernt, und während die französische

Nation in ihrer unerschöpflichen Verblendung und Ueberhebung ihr Unglück dem Verrath zuschreibt, an die eigene Schuld und Schwäche aber durchaus nicht glauben will, beugt er sich vor der entschiedenen Ueberlegenheit des Gegners und weiß seinem Lande keinen besseren Vorschlag zu machen, als den, die Einrichtungen des norddeutschen Heeres einzuführen.

Judenhetze.

Man schreibt der „N. Fr. Pr.“ aus Saybusch, 26. d.: Seit vorgestern revolirt die christliche Bevölkerung, vertreten durch die niederen Volksklassen, gegen die Juden. Gestern Abends erreichte die Aufregung den höchsten Grad, und da sich die Vorsichtsmaßregeln der Behörden als unzureichend erwiesen, so gewannen die Ruhestörer die Oberhand und demolirten die Brüder'sche Tuchfabrik vollständig. Die Wohnung des Werkführers wurde ausgeplündert und sämmtliche Möbel zerstört. Die Bemühungen der requirirten Gendarmen und Finanzbeamten, die Menge zu zerstreuen, scheiterten an der Uebermacht der versammelten Volksmenge. Nachdem ein bei der Revolte theilhaftiges Weib durch einen Schuß in den Kopf tödtlich verwundet wurde, ließ sich die Wuth der Volksmenge nicht mehr zähmen, und die Sicherheitsorgane verließen den Platz. Das verwundete Weib ist bereits gestorben. Die Aufregung dauert fort, und wenn heute die von den Behörden in Aussicht gestellte militärische Unterstützung nicht ankommt, so ist für die hiesige israelitische Bevölkerung das schlimmste zu befürchten.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Ernennung.) Das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium hat den Bezirksgerichtskanzlisten Valentin Preschern zum Offizial bei dem k. k. Landesgerichte in Laibach ernannt.

— (Uebervahren.) Gestern wurde Herr A. Sch. von einem Komfotable überfahren. Derselbe erlitt drei Rippenbrüche. Auf das schnelle Fahren unserer Komfotables könnte überhaupt etwas strenger invigilirt werden.

— (Witterung.) Nach dem alten Bauernspruch:

„Zu Anfang und zu End,
Der März sein Gift entsend“,

hat auch der heurige März zum Abschlusse unsere Frühlingsträume gründlich zerstört. Gestern Abends trat ein starker Schneefall ein, der die ganze Nacht anhielt und Berg und Ebene in eine frische Schneedecke hüllte. Nach 6 Uhr kamen aus Südwest einige heftige Windstöße, denen eine Winddrehung über Süd nach Ost folgte. Anfangs fiel ein dichter Graupenregen unter lebhaften Stößen, später begann es zu schneien. Ueber Nacht trat ein starker Frost ein. Die Graupentrüste ist an den Boden dicht angefroren, von den Baumästen hängen Eiszapfen wie mitten im Winter herab.

— (Hornviehprämien im laufenden Jahre.) Die Prämienvertheilung findet statt: in den Konkursstationen: 1. in Tschernembl am 4. Mai für das Hornvieh aus allen jenen Gegenden, welche zur Bezirkshauptmannschaft Tschernembl gehören; 2. in Krainburg am 8. Mai für das Hornvieh aus der Bezirkshauptmannschaft Krainburg; 3. in Zirkniz am 8. Mai für das Hornvieh aus den Steuerbezirken Planina und Vaas; 4. in Gottschee am 15. Mai für das Hornvieh aus der Bezirkshauptmannschaft Gottschee; 5. zu St. Martin bei Littai am 23. Mai für das Hornvieh aus der Bezirkshauptmannschaft Littai. Aus anderen als den hier benannten Gegenden jeder einzelnen Station zugetriebenes Vieh kann hier nicht prämiirt werden. Den Standort, wo das zugetriebene Vieh in den hier benannten Stationen aufzustellen sein wird, bestimmt der Gemeindevorstand eines jeden dieser Orte. In jedem Konkursorte wird die Prämienvertheilung in den Vormittagsstunden von 10—12 Uhr vorgenommen: 1) für 3 Stiere im Alter von nicht unter 1½ und nicht über 3 Jahren; eine Prämie mit 80 fl.

